

Arbeiterkämpfer

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rundfunk / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Junge

7. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 11. April 1931

Nummer 61

Einzelnummer 10 Pfennig

NUR NOCH 3 WOCHEN
sind es bis 1. Mai
1000 NEUE LESER
ist die Tohung!
KÜB noch heute einen
Abonnement!

Bauarbeiterstreit - Gache aller Werftätigen!

KPD-Aufruf: „Kapitalsoffensive muß zum Stehen kommen!“

Die Baulöwen wollen in Dresden Stahlheimer als Streitbrecher einschließen

Berlin, 11. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Das Reichskomitee der KPD veröffentlicht einen Aufruf an alle Arbeiter, dessen entscheidende Zone lautet:

Die Unterstützung und Festigung der Widerstandfront der streitenden Bauarbeiter muß

Sache der gesamten deutschen Arbeiterschaft

werden. Die Lohnabbauoffensive des Kapitals gegen die Arbeiter muß endlich zum Stehen kommen. Nicht nur von den Bauarbeitern, sondern von der gesamten Arbeiterschaft muß den Lohnabwürgen Einhalt geboten werden! Je energetischer die Aktion der Bauarbeiter unterläuft wird, desto erfolgreicher wird die Gegenoffensive, die jetzt ein Rhein und Ruhr von den 300 000 Berg- und Metallarbeiter vorbereitet wird, einziehen, desto energetischer wird die ganze Arbeiterfront in Deutschland gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalisten und ihre Nachte aufgerichtet. Die deutschen Bauarbeiter dürfen sich nicht von den demagogischen Gewerkschaftsbünden verraten und verkauen lassen. Weder die Gewerkschaftsburokratie noch die Schlichtungsinstitutionen haben ein Recht, für die Bauarbeiter Tarife festzulegen. Die Bauarbeiter dürfen

nur solche Tarife anerkennen, die sie selbst durch ihre gewählten Delegierten und revolutionären Organisationen abgeschlossen haben und deren Inhalt von den Streitenden guigeheißen wird.

Wie jetzt die sozialdemokratischen und christlichen Kollegen einheitlich Schulter an Schulter mit den Anhängern der KPD im Kampf stehen, so muß die

solidarisch kämpfende Einheitsfront

gegenüber dem bevorstehenden schmuckigen Berrat der Gewerkschaftsführer um in letzter geschlossen werden. Jetzt heißt die Parole: Verstärkte Fortbildung des Streiks gegen jeden Pienning Lohnraub unter allen Umständen. Niemand anders als die Bauarbeiter selbst sollen über den Streik entscheiden. Wie die Bauarbeiter ohne die sabotierenden Gewerkschaftsführer zu irgen den Kampf eröffnen, so sollen auch nur sie bestimmen, ob, wann und unter welchen Bedingungen der Kampf beendet wird. Das Gebot der Stunde ist: Schaffung breiter

Streitleidungen auf der Grundlage der Einheitsfront.

Streitleidungen auf der Grundlage der Einheitsfront.

Feste Zusammenfassung des Streiks über das ganze Reich. Verbreiterung des Kampfes durch Einbesichtigung aller Bauarbeiter in den Kampf. Nicht nur Sympathie mit den kämpfenden Bauarbeitern, sondern

sofortige Maßnahmen und materielle Unterstützung

für die kämpfenden durch die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands!

Dresden, 11. April.

Die Dienst Bauunternehmer versuchen, da es den reizvollen Bauten Zimmerman und Schmitz nicht gelang, die Streitfront der Dresden Bauarbeiter zu erdrücken, jetzt Streitbrecher heranzuholen. Bei der Zuna Stand auf dem Bau von Billerbeck und Soh soll Womag eine Stahlhelmsäule ansetzen. Der Bauarbeiter hat sich eine ungeheure Wut bemüht. Die Polizei haben entrichte jede Arbeit mit Streitbrechern abgedacht. Auf dem Umbau am Pöhlbadum ist ein Nationalsozialist als Streitbrecher tätig. Der Streik wird mit unbedeutender Wucht in Dresden fortgesetzt, alle Betriebe, die Streitanzünder erkannt, identifiziert an der Kampftäglichkeit der Bauarbeiter, die unter Führung der KPD stehen.

In verschiedenen Orten Deutschlands sind die Bauunternehmer bereit auf die Knie gezwungen. In Hagen haben sie bereits verpflichtet, den bisherigen Lohn weiterzuzahlen und keinen Lohnabbau vorzunehmen.

Die Belegschaft der Baufirma Döbeln-Böhme, bei 2 bis 3 Stunden gestrichen. Daraufhin hat sich der Unternehmer bereit erklärt, den alten Lohn weiterzuzahlen und auch die Streitstunden voll auszuhalten. Die Arbeiter haben daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen.

In Solingen hat die Firma Guhns und Otto Müller auf jeden Lohnabzug verzichtet, nachdem sie von dem Streitbolzus der Belegschaft Rentzsch erhalten hat. Es sollten den Bauarbeiter und Pächtern 30 Prozent abzogen werden. Die Bauarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen und erklärten, wenn die Firma ihre schriftliche Abmachung durchbricht, sofort unter Führung der KPD in den Streik zu treten.

Die Firma Pollat und Schäfer, Königsberg, nahm gleichfalls den Lohnabbau zurück. Nur die „Sojiale Bauhütte“ besteht auf dem Lohnraub.

Die Streikflamme in Young-Deutschland soll weiter. In Kienzlebach und die Bauarbeiter soll reitlos in den Streik gerissen. In Schleiden (Westfalen) wurde mit großer Majorität der Streik beschlossen. Auch in Horrem (Niederrhein) wird unter der Führung der KPD gestritten.

Die Solidaritätsaktion, die Sammlung für die streitenden Bauarbeiter, liegt wunderbar an. Die gesamten wertvollen Männen sympathisieren mit den Streitenden und unterstützen die Sammlungen. Die einzelnen Sammelergebnisse und Beweise der beteiligten Sympathie.

Gute Sammlung gestern bereits 47.500 RM.

So kann überall eingespielt werden, um den Sieg der Bauarbeiter über die Lohnräuber durch Massensolidarität zu erringen.

Die zentrale Streikleitung der KPD in Dresden appelliert an die Eltern der Lehrlinge, auch die Lehrlingsarbeit jetzt einschalten zu helfen. Jetzt muss alles von den Bauarbeiten bewirkt werden und alle müssen in Dresden völlig ruhen.

Die Bauarbeiter sind gegenwärtig. Die Führung der KPD der revolutionäre Arbeitstag gegen die Unternehmer angreift. Das Mittel, den Weg der Arbeiter zu bahnen ist den



Gegenseitigkeit. Die Bauarbeiter ruhen deshalb eben jetzt zu der Erfüllung ihrer Pflicht für den einheitlichen Auftakt am 1. Mai unter dem Banner der Kommunistischen Partei und der KPD!

**Unsere Antwort
an Brüning, Schleck und Severing:**

**Am 1. Mai einheitlicher
Aufmarsch mit der KPD**

Proletkofution gegen 5-4-8-Verordnung

Resolution

Die am 10. April im Gaffhof Stadt Dresden in Bauchachendorf tagende öffentliche Einwohnerversammlung, die mehr über 300 Personen befuhr, erhebt folgenden Beschluss gegen die Reichsverordnung vom 29. März, mit besonderer Hilfe von der revolutionären Arbeiterschaft massiv machen will, um einen weiteren Lohnraub und Sozialabschaffung an den werktätigen Sälden ungestört durchzuführen zu können und fordert gemäß den Anträgen der KPD die sofortige Aufhebung derselben. Ferner erklärt die Versammlung Bob für den

einheitlichen Auftakt aller Arbeiter mit der KPD am 1. Mai

und fordert die gesamte Arbeiterschaft und werktätige Einwohnerschaft dazu auf.

Roter Sieg bei AGG-Transformatorn

Berlin, 11. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Bei der AGG-Transformatorn, wurde folgendes Ergebnis der Betriebsratswahl bekannt: Rote Einheitsliste 65% (1930 75%), 5 Betriebsräte und 2 Ergänzungsmitglieder (1930 6); Rotformiert 31% (1930), 4 Betriebsräte und 1 Ergänzungsmitglied (1930 5); Gelbe 8% (1930).

Das geht alle Arbeiter an!

Wie unter Ihnen Erwerbseien, das Ruhrtal, mittlerweile, in allen eine Gemeinsamkeit der Arbeitnehmer festgestellt, in der ein neuer sozialdemokratisches Kausprogramm, im Hinblick auf die Neuregelung des Rahmenzettels am 30. Juni, festgelegt wurde. Diese Blume in die Zeit umgekehrt bedeuten einen

Lohnabbau von 25 bis 40 Prozent.

Christen und Reformierte sind über viele Schadpläne informiert, aber sie schwelen und loben die Arbeiterschaft nicht willigen, wenn hinter den Rücken gepeilt wird.

Dieser Vorstoß der Reichenkapitalisten gegen die Ruhrarbeiter ist von der größten Bedeutung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Gelingt den Unternehmen die Durchsetzung jederlei primitiver Änderungen, wie die Belebung des Umlaufs, Aufhebung des Mindestlohns usw., so werden sie nicht bei den Ruhrarbeitern halt machen, sondern im Saargebiet, in der Westwallindustrie, überall werden die Unternehmen ähnliche Rücksichten erheben.

Braxis zerstört das „linke“ Programm

„Radikaler Kurswechsel“ von der linken Phrasé zur sozialfaschistischen Braxis

Dresden, 11. April.

„Nur ein Kurswechsel kann das Unternehmen wieder aufs offene Meer steuern, nur eine radikale Tendenz der politischen Grundstellung kann uns vor den schweren Folgen der Panzerkrieger befreien.“

Der tiefe Kurs zwischen den Massen der SPD-Arbeiter und den Führern ist das nicht wegzuleugnende Resultat des Bildung- und Panzerstaates der SPD. Der tägliche Schrei nach dem 2. Mann wird überzeugt von den Erklärungen und Proklamationen der austretenden Mitglieder und Funktionäre, die diesmal auch die Rolle des „linken“ Flügels der Arbeiterschaft durchdringen. Und dieser „linke Flügel“ befindet sich unter dem Druck der Entwicklung in voller Zeitung. Der Verfall dieser „linken“ bei den Parlamentsabstimmungen war nur ein Symptom für die Umwidmung der „linken“ Gruppe und zeigt darüber hinaus deutlich, daß man nicht mehr von den „linken Sachen“ sprechen kann. Das schon früher abgelegte offene Koalitionsprojekt des Leipziger Bezirksparteiobmannes ist ergänzt worden durch die leichten Manöver der Dresden Führer, die ihre vollauf ständige Hebereinstimmung mit der Sehnsucht des Parteivorstandes ein wenig zu verhüllen suchen, aber praktisch in allen Fragen bereits steht auf den Anhören einer Koalitionserklärung verzichten.

Um so verzweifelter kämpfen die „Reun“, unter denen sich nicht nur Sachen befinden, ihren Verteidigungskampf. Sie ha-

ben die Rolle der gesamten „linken“ allein auf sich genommen und es ist fast befürchtend, zu leben, daß die ehemaligen Bundesgenossen der Freude um Kohlefeld und Zwickau jetzt ihnen am schwersten zu schaffen machen. Da kommt Herr Graupe, der Kommissar, spät, um die „Disziplinbrecher“ zu strafen, so teilt Herr Kitzel, der ehemals „radikale“ katholische Reichsbild, den einmal von Norden als „beimaben Kommunist“ bezeichnete wurde, kurz die „Kämpfgenossen“ entgruppen sich, nachdem sie ein Jahr vom Parteivorstand allein gefüllt worden sind, als wahrdeine neue ausgewanderte Rechte. Und dabei tun sie es hierzulande um Endewitz und Gifel so bitter Unrecht, wenn sie erklären, die gefährden die „Einheit der Partei“. Die Kämpfgenossen waren deutlich genug – die Einheit der Partei wäre gefährdet, wenn wir „linken“ nicht durch unsere „Opposition“ den legenden Kämpfern von Südwürttemberg an die Möglichkeit der Wendung der Politik der Partei so lange aufrecht erhalten, bis ja, bis eben diese Politik reitlos durchgeführt werden ist.

Eine heftige Presselehrer hat in den letzten Tagen in der lädierten SPD-Presse eingesetzt. Den unerhörten Wahnnehmen der von der SPD geführten Brüder-Kriegsregierung ist der sozialistische Charakter so deutlich ausgespielt, und so klar als Früchte vom Baum der Panzerstaatserpolitik zu erkennen, daß die wenigen Rechte der neuen Oppositionserklärung entzweit haben, ein lautes Geschrei zu erheben. Doch bitte ja die linken der linken, ganz eindeutig aus den Massen als hört die großen sozialistischen Diktaturen dageputzen. Damit nichts